

Zukunftsaufgabe Integration: Was Kommunen und Unternehmen tun können

Die Zukunft und Entwicklungsfähigkeit der Städte hängt maßgeblich davon ab, dass auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur aktiv eingegangen wird. Wie gelingt die Integration von Zuwanderern in der Stadt? Sind Stadtteile mit hohem Ausländeranteil ein Hindernis für Integration oder fördern sie das Zusammenleben der Kulturen? Dr. Kirsten Krüger-Conrad und Christoph Kulenkampff von der Schader-Stiftung geben vor dem Hintergrund eines handlungsorientierten Praxis- und Forschungsnetzwerkes Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik.

Viele deutsche Städte kennen mittlerweile Quartiere, in denen – mehr als andernorts – Menschen leben, die entweder selbst Zugewanderte sind oder einen Migrationshintergrund haben. Diese Erfahrung teilt Deutschland mit anderen Einwanderungsländern. So wie der Anteil der Zuwanderer an der Bevölkerung Deutschlands weiter wachsen wird, werden sich künftig auch Stadtteile mit erhöhten Anteilen von Ausländern und Aussiedlern und deren Nachfahren ausweiten und häufiger werden.

Ursächlich dafür sind demographische Fakten, die zwar hinlänglich bekannt sein sollten, aber von manchen Teilen in Politik und Gesellschaft – so scheint es – immer noch verdrängt werden:

1. Die deutsche Bevölkerung wird aufgrund zu geringer Geburtenraten älter und zahlenmäßig weniger.
2. Die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund steigt demgegenüber deutlich und sehr schnell. In Großstädten wie Frankfurt am Main beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung bereits heute nach offiziellen Schätzungen fast 40 Prozent.
3. Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien bilden in vielen größeren Städten bald die Mehrheit ihrer Bevölkerungsgruppe. In einigen großstädtischen Quartieren ist dies bereits heute der Fall. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2004 Neugeborenen in Frankfurt am Main hat Eltern, bei denen wenigstens ein Teil ausländischer Staatsbürgerschaft ist.

„Gesunde Mischung“ und „überforderte Nachbarschaften“

Als probates Instrument zur Integration von Zuwanderern in den Städten wurde und wird in Deutschland immer noch die so genannte „gesunde Mischung“ von Einheimischen und Zugewanderten betrachtet, in der häufig unausgesprochenen, aber desto weiter verbreiteten Hoffnung, durch die gesteuerte Nachbarschaft werde ein subtiler Anpassungsdruck erzeugt, der den Integrationsprozess in die Aufnahmegesellschaft beschleunige und in die gewünschte Richtung vorantreibe. Zu diesem Zweck wurden in vielen Kommunen und Unternehmen Zahlen und Quoten beschworen, die vermeintliche Grenzen der „Verträglichkeit“ im nachbarschaftlichen Verhältnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen markieren sollen.

Die Realität in den städtischen Quartieren stellt sich aber folgendermaßen dar: Immer mehr Menschen in Deutschland sind Neuzuwanderer oder haben einen Migrationshintergrund. Sie selbst wählen ihren Wohnort vorzugsweise dort, wo ihre Familie

„Für die Aktivierung von Zuwanderern sind direkte Kontakte und eine persönliche Ansprache im gewohnten Lebensumfeld wichtig. Dies kann mit einer lokal verankerten Person besser erreicht werden als über hochschwellig wirkende städtische Angebote.“

Literatur

Birg, Herwig: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten i. A. des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. Bielefeld, Dezember 2001

Büttner, Christian / Kunz, Thomas / Nagel, Helga: Ankommen in Frankfurt. Orientierungskurse als kommunales Angebot für Neuzuwanderer. (HSFK-Report 8/2004) Frankfurt 2004

GdW: Mietwohnungen in Deutschland – ein attraktives und wertbeständiges Marktsegment. Entwicklung, Besonderheiten und aktuelle Trends im internationalen Vergleich. GdW-Branchenberichte. Berlin 2004

IFS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH: Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Berlin 2004

Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt 2005

Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt 2005.

lebt bzw. wo sie ein ihnen vertrautes Milieu vorfinden, das ihnen in prekären Lebenslagen sowohl materielle als auch soziale und emotionale Unterstützung bieten kann. Aufgrund ihrer durchschnittlich größeren Familien und der geringeren finanziellen Leistungsfähigkeit beschränkt sich ihre Wohnortsuche in den durchschnittlich teureren Wohnungsmärkten der westdeutschen Großstädte und Ballungsgebiete, in denen Zuwanderer überproportional häufig leben, auf Marktsegmente des unteren bis mittleren Preissegments.

Gemischte Bewohnerstrukturen, sofern darunter vor allem die Vermeidung von sozial marginalisierten Quartieren in der Stadt verstanden wird, können Prozesse der Integration sicherlich erleichtern und sind daher nicht zu verwerfen, verstanden als ethnische Mischung sind sie aber kein Selbstläufer mit Erfolgsgarantie. In großstädtischen Quartieren haben Zuwanderer immer häufiger Deutsche zu Nachbarn, die ihrerseits von sozialem Abstieg betroffen oder bedroht sind. Das Aufeinandertreffen sozial und ökonomisch marginalisierter Gruppen, die sich ethnisch-kulturell unterscheiden, begünstigt das Entstehen von „Rangordnungskonflikten“ und Kämpfen um



Kleinere Geschäfte im Lebensmitteleinzelhandel und für einfache Dienstleistungen: Neben der Gastronomie dominieren sie in der Migranten-Ökonomie

knappere materielle Ressourcen und führt so zur Entstehung „überforderter Nachbarschaften“, in denen die Ethnisierung ursprünglich sozialer und ökonomischer Probleme die Integration von Zuwanderern erschwert und eben nicht ermöglicht.

Gemischte Bewohnerstrukturen sind vor allem dann immer weniger steuerbar oder von Kommunen und Wohnungsunternehmen „herstellbar“, wenn die Entspannung der Wohnungsmärkte in der Region voranschreitet bzw. die Zahl der Sozialwohnungen schrumpft und Bestände mit kommunalen Belegrechten zunehmend veräußert werden.

Segregation und Integration – ein Widerspruch?

Angesichts der fortschreitenden sozialräumlichen Differenzierung der Stadtgesellschaft nach Lebensstilen und Milieus, wobei die Unterscheidung nach ethnisch-kulturellen Unterschieden immer augenfälligeres Motiv ist, geht die zentrale Frage nach der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern dahin, wie Integration trotz sozialräumlicher Segregation gelingen kann. Zwei Aspekte sind dabei von grundlegender Bedeutung:

1. Die räumliche Segregation von Zuwanderern bzw. die Tatsache, dass es mittlerweile immer mehr Stadtteile mit einem hohen Anteil von zugewandener Bevölkerung gibt, darf keinesfalls zu einer öffentlichen Stigmatisierung und Diffamierung solcher Quartiere als „Ausländerghetto“ oder „Armutsviertel“ führen, die schließlich aus einem benachteiligten Stadtteil einen benachteiligten Stadtteil machen. Diesen Quartierseffekten ist mit allen Mitteln entgegenzuwirken.

2. Das Quartier mit hohem Zuwandereranteil muss im Fokus aller integrationsbezogenen Maßnahmen stehen. Kommunen und soziale Träger müssen nicht nur mit Projekten, sondern auch mit ihren Regeleinrichtungen zur Integration im Quartier präsent sein. Sie müssen vor Ort mit ihren Anforderungen und ihren Angeboten an die Zuwanderer herantreten.

Integrative Quartiere und Strategien

Der Wegfall von Instrumenten zur Steuerung sozialräumlicher Entwicklungen in den Kommunen hat zur Folge, dass „weiche“ Faktoren an Relevanz für die Integrationsfähigkeit des Quartiers gewinnen. Insbesondere den Faktoren Spracherwerb, (Aus-)Bildung und Migranten-Ökonomie kommt zentrale Bedeutung bei der Integration in den Wohnquartieren mit hohem Zuwandereranteil zu. Der Bund hat mit seinem Zuwanderungsgesetz und der Einführung von Sprachkursen einen wichtigen Grundstein gelegt. Die Ausrichtung und Ausstattung von Kindergärten und Schulen, die bereits im frühen Kindesalter Chancengleichheit im Bildungswesen herstellen, sollte in Anbetracht der eindeutigen Ergebnisse von PISA weit oben auf der Agenda vor allem der Länder stehen. Die kommunale Wirtschaftsförderung schließlich sollte ihren Blick auf lokale Potenziale lenken und diese aktiv unterstützen, denn die Migranten-Ökonomie erweist sich mit derzeit rd. 600.000 Beschäftigten und Existenzgründungsquoten, die über denen der Deutschen liegen, als wachsender Wirtschaftssektor.

Für die Wohnungswirtschaft ist ein aktives Engagement für integrativ wirkende Quartiere auch von ökonomischer Bedeutung, denn Zuwanderer stellen eine wachsende Nachfrager- und Kundengruppe. Als Partner der Kommunen können Wohnungsunternehmen die Integrationsfähigkeit von Quartieren dadurch flankierend unterstützen, dass sie die Wohn- und Wohnumfeldbedingungen für ein positives soziales Zusammenleben verbessern und Freiräume zur selbst organisierten gemeinschaftlichen Nutzung durch die Bewohnerschaft bereitstellen und so zur Nachbarschaftsförderung im Quartier beitragen.

Um räumlichen und sozialen Rückzugsprozessen vorzubeugen, die eine (Selbst-)Ausgrenzung aus der Gesellschaft zur Folge haben und Aufstiegsprozesse innerhalb der Aufnahmegesellschaft zumindest erschweren, wenn nicht verhindern, ist Partizipation, Beteiligung und Mitwirkung von hoher Bedeutung. Diese beginnt beispielsweise mit der Übertragung von Verantwortung für das eigene Wohnumfeld (z. B. Pflege von öffentlichen Plätzen und Räumen durch Nutzergruppen oder die Einrichtung von Mietergärten) und kann sich ausweiten zu bürgerschaftlichem Engagement, das dem Gemeinwesen insgesamt zugute kommt (z. B. Mitwirkung in Vereinen, kommunalen Ausländerbeiräten).

Für die Aktivierung speziell der Zuwanderer sind direkte Kontakte und eine persönliche Ansprache im gewohnten Lebensumfeld wichtig. Dies kann mit einer bekannten und lokal verankerten Person besser erreicht werden als über herkömmliche, auf viele Adressaten hochschwellig wirkende Angebote städtischer Einrichtungen und Ämter. Das Quartiersmanagement ist für die Initiierung solcher Prozesse daher von zentraler Bedeutung.

*Dr. Kirsten Krüger-Conrad und Christoph Kulenkampff
Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“
Schader-Stiftung, Darmstadt
Internet: www.zuwanderer-in-der-stadt.de*

Faire Müllkostenverteilung (MKV) zur Optimierung der Betriebskosten in der Wohnungswirtschaft

In vielen Städten und Kreisen steigen die Müllentsorgungskosten an. Prozentual nehmen sie einen immer größeren Teil der Gesamtmiete bei stagnierenden oder rückläufigen Kaltmieten ein. Für Wohnungsunternehmen und Hausverwaltungen ist die Erfassung von Wärme- und teilweise Wasserverbrauch pro Wohnung selbstverständlich, während die Müllkostenumlage immer noch nach Quadratmetern oder Mieteigentumsanteilen erfolgt. Die neue Betriebskostenverordnung ermöglicht eine faire Müllkostenverteilung. Entsprechend der Heizkostenverteilung verändert sich das Nutzerverhalten und führt zu geringeren Restmüllvolumen und besserer Mülltrennung.

Mit verschiedenen Techniken und Dienstleistungen der Pro Count[®] Müllkostenverteiler bietet PAUL WOLFF ein optimales Angebot für die verursacherabhängige Müllkostenabrechnung. Haushaltsabfälle von kleinen bis zu großen Wohnanlagen, die in gemeinschaftlichen Abfallgroßbehältern von 500 bis 1.100 Litern gesammelt werden, können individuell erfasst werden.

Die Pro Count[®] Net Version bietet die Möglichkeit des Onlinebetriebes mit Fullservice und Finanzierung, so dass es sich um eine umlagefähige Messdienstleistung handelt. Pro Count[®] Mobile ist die preiswertere, weil netzstromunabhängige Variante, die sich für kleine Wohnungseinheiten ab 20 Wohnungen eignet.

Über 60.000 Haushalte lassen ihre Müllkosten von PAUL WOLFF verursacherabhängig erfassen. Das Ergebnis: Niedrigere Müllkosten, reduzierte Gesamtmiete. Bei Leerstand können die Müllkosten genau abgegrenzt werden und der Vermieter spart Betriebskosten.

In seiner 50-jährigen Geschichte hat PAUL WOLFF über 100.000 Container-Boxen produziert – immer häufiger werden sie als Pro Count[®] -Müllkostenverteiler ausgeliefert.



Mehr Infos zur volumenabhängigen und vereinfachten Müllkostenverteilung:

PAUL WOLFF
Projekt - Management - Gesellschaft mbH
Telefon: (021 61) 9 30 - 511,
Fax: (021 61) 9 30 - 512
E-Mail: info@paulwolff.de
Internet: www.paulwolff.de